



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Famsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33  
1. März 1950

B/V/51

## Zur Neugestaltung der Sozialversicherung in Berlin

Von Dr. Rud. Wissell, Reichsminister a.D.

Nach dem Zusammenbruch hat die Sozialversicherung in Berlin einen gegenüber der RVO wesentlich anderen Weg eingeschlagen. Die einzelnen Zweige der Versicherung wurden in einen Versicherungsträger (Versicherungsanstalt Berlin (VAB) zusammengefasst. Die Rentenzahlung wurde erst viel später wieder aufgenommen als im Westen; sie wurde auch zum Teil an Bedingungen geknüpft, die die RVO nicht kannte. Die Unfallversicherung wurde auf einen kümmerlichen Umfang herabgedrückt und noch heute sind die Renten dürftiger als im Westen. Ein vom Magistrat beschlossener Gesetzentwurf, der nun dem Stadtparlament zugegangen ist, soll damit brechen und die Renten im wesentlichen den im Westen geltenden anpassen. Die Krankenversicherung kannte allerdings weit über die RVO hinausgehende, günstigere Regelungen.

Der neue Gesetzentwurf bezweckt eine Angleichung an das in der Bundesrepublik geltende Recht, lässt es jedoch bei dem einheitlichen Versicherungsträger. Er bereitet auch dem nicht aus Wahlen hervorgegangenen, sondern von Magistrat und Gewerkschaft bestellten Vorstand als alleinigem Organ der VAB ein Ende und gibt der Sozialversicherung einen Verwaltungsausschuss von 60 Personen, die von den Versicherten und den Arbeitgebern durch freie Wahlen zu dieser Stellung berufen werden.

Der Verwaltungsrat (VR) soll den aus 17 Mitgliedern bestehenden Vorstand, 5 hauptamtlichen und 12 ehrenamtlichen, wählen.

Die ersteren sollen auf sechs Jahre, die anderen auf drei Jahre gewählt werden. Der VR hat die Satzung aufzustellen und den Haushaltsplan festzustellen. Vorstand und Verwaltungsrat als Selbstverwaltungsorgane werden von der Aufsichtsbehörde - Abteilung

Arbeit des Magistrats - nur auf die Einhaltung von Gesetz und Satzung kontrolliert. Unter dem einheitlichen Träger der Sozial-

versicherung werden ihre drei Zweige, Kranken-, Renten- und

Unfallversicherung getrennt verwaltet, doch bleiben Invaliden- und Angestelltenversicherung zusammengefasst.

Der Kreis der Versicherten deckt sich in der Kranken- und Rentenversicherung. Er umfasst alle unselbständig Beschäftigten, die Hausgewerbetreibenden, Zwischenmeister und selbständigen Artisten. Die bisher der Versicherung unterstehenden Gewerbetreibenden und sogenannten freien Berufe sollen aus der Versicherung ausscheiden, doch ist ihre freiwillige Weiterversicherung statthaft. In der Unfallversicherung entspricht der Kreis der Versicherten dem durch die RVO gezogenen. Eine Erhöhung der Mindestrenten entspricht der im Westen geltenden Regelung (50.00, 40.00, 30.00 M). Durch sie ist der Rentenempfänger vor der Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge bewahrt und zugleich der öffentliche Haushalt entlastet. Die Gebietskörperschaft leistet zu jeder Rente einen monatlichen Zuschuss von 20.00 M, das ist etwas mehr als in den Ländern des Westens. Dafür ist eine Haftung des Magistrats entsprechend § 5 des Sozial-Versicherungs-Anpassungsgesetzes vom 17. Juni 1949 nicht vorgesehen.

Über weitere Leistungsverbesserungen soll der Versicherungsträger bei Aufstellung der Satzung Beschlüsse fassen, da hierzu versicherungsmathematische Unterlagen erforderlich sind, die bisher fehlen. So z.B. über die Einführung der unbeschränkten Altersrente - sie wurde bisher nicht gewährt, wenn neben der Rente noch ein Arbeitsverdienst von monatlich mindestens 100 M gegeben war - über die unbedingte Witwenrente, den Begriff der Berufsunfähigkeit anstelle des Invaliditätsbegriffes und über die Aufbesserung der Altrenten. Die bisherige Tabellenrente wird von der nach Grund- und Steigerungsbetrag errechneten abgelöst.

Zur Umarbeitung und Neufassung der bisherigen Satzung, deren Änderungen sich auch auf laufende Versicherungsfälle erstrecken sollen, wird der Magistrat die nötigen Durchführungsvorschriften erlassen. Der Überleitung des bisherigen Rechts auf das künftige dient eine Frist von sechs Monaten. Dieser Gesetzentwurf, der noch verschiedene Änderungen erfahren wird, enthält sicher auch für die endgültige Gestaltung der Sozialversicherung im Westen mancher wertvollen Unterlagen.

Ungewisse Zukunft für Genf

O.Z. Genf, Anfang März

Es ist recht eigenartig: Der Name Genf ist noch heute untrennbar mit dem Begriff des Völkerbundes verknüpft, obwohl dieser lange tot ist. Aber niemand spricht von Genf als dem Ort, in welchem der Völkerbund nach dem zweiten Weltkrieg, die Vereinten Nationen oder die UNO, einen personellen und arbeitsmässigen Aufwand treiben, wie es der Völkerbund zu seiner Zeit nicht tat.

Seit dem Frühjahr 1947 ist die Stadt Genf Sitz des Europäischen Büros der Vereinten Nationen. Im Rahmen dieses Europäischen Büros, dessen Direktor der Pole W. Moderow ist, sind folgende Organisationen, Kommissionen und Dienste der UNO regelmässig oder auf Einberufung in Genf versammelt: Das Internationale Arbeitsamt, die Internationale Flüchtlingsorganisation, die Weltgesundheitsorganisation, die Europäische Wirtschaftskommission mit ihrem Sekretariat, die Vorbereitende Kommission der Internationalen Handelsorganisation, das Sekretariat der Internationalen Kontrolle für Rauschgifte, schliesslich noch das Informationszentrum, das über ein ausgedehntes Netz über die Tätigkeit der Vereinten Nationen in Lake Success wie ihrer Zweige in Genf berichtet und Informationen aus New York in ganz Europa und im Nahen Osten verteilt. Das für die aufgezählten Institutionen im Völkerbundpalast tätige Personal zählt 600 Beamte und Angestellte (darunter annähernd 500 Schweizer), von denen 150 im Sekretariat der Europäischen Wirtschaftskommission beschäftigt sind. 1328 Sitzungen hielten alle diese Organe im Jahre 1947, 1951 in 1948 und 1931 in 1949 ab.

Der Völkerbund und seine Beamten und Angestellten gaben 1937 rund 16,5 Mill. sFr. in Genf aus - das Gesamt-Budget des Europäischen Büros und der ersten vier genannten Organisationsglieder beläuft sich auf rund 73 Mill. sFr. Von den etwa 44 Millionen für Gehälter und Vergütungen werden an 40 Millionen in der Schweiz ausgegeben. Die Ausgaben im Lande für Anschaffungen und Unterhalt von Einrichtungen, für öffentliche Gebühren und dergleichen mehr, wozu noch die Ausgaben der ständigen Delegierten und der Konferenzteilnehmer kommen. Zu diesem beträchtlichen Apparat und seinen vielartigen Aufwendungen kommen noch die sogenannten "nichtgouvernementalen Organisationen" und ihre Ausgaben, deren es jetzt 85 in Genf gibt (gegen 60 der Völkerbundszeit), die 600 gegen einst 300

Personen in ihren Diensten haben. Ihre Ausgaben belaufen sich auf rund 6,5 Mill. sFr. Die der Schweiz aus der internationalen Tätigkeit in Genf zufließenden Gesamt-Einnahmen betragen nach einer Bezifferung des Direktors Moderow rund 65 Mill. sFr. So befriedigt Genf und die Schweiz vom Stande dieser Dinge sein müssen, so sehr unterstrich W. Moderow auf einer kürzlichen Pressekonferenz, dass Genfs Stellung als Zentrum internationaler Zusammenarbeit durchaus nicht gesichert sei. Zur Begründung wurden viele Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten angeführt, darunter an erster Stelle die hohen Lebenskosten in Genf und die Devisenknappeit, vor allem der Länder mit schwachen Valuten. Die Internationale Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation hat schon Rom zu ihrem Sitz gewählt. Besonders verstimmend hat auf die Delegierten der Genfer UNO-Organisationen und -Kommissionen gewirkt, dass die Hotelpreise zwischen 1946 und 1949 bei allgemein stabilen Preisen stark in die Höhe gegangen sind. Ausserdem verschmüpft die nicht mehr zu überbietende Gleichgültigkeit der Schweizer Öffentlichkeit gegenüber den UNO-Einrichtungen, während dieser Tätigkeit z.B. in den USA viel regelmässiger und umfangreicher gedacht wird.

Noch aber bietet trotz solcher Hemmnisse und psychologischer Schwierigkeiten der Genfer Völkerbundpalast viele Arbeitsvorteile und Erleichterungen, die in Lake Success noch nicht zu finden sind. In der zweiten Hälfte 1951 sollen allerdings die Baulichkeiten der Vereinigten Nationen in New York bereit sein. Damit würde der prunkvolle Genfer Palast auch die Bedeutung, die ihm geblieben ist, verlieren. Ob dann wohl der blendend weisse Marmorcoloss im Ariana-Park wiederum, wie in Kriegsjahren, Gelegenheitsbesuchern, einigen Portiers als Ansichtskartenverkäufern, Geschichtenerzählern und einem kleinen Putzfrauen-Bataillon überlassen bleibt?

- o - o -

#### Kommt die Bayerische Volkspartei wieder?

München, Anfang März

M.R. In einer niederbayerischen sogenannten "Feiertagszeitung" war kürzlich eine Leserzuschrift abgedruckt, in der festgestellt wurde, dass sich die CSU nach ihrer Konsolidierung "fast völlig mit der früheren Bayerischen Volkspartei (BVP) identifiziere" und es wird weiter gesagt, dass sich Bayernpartei (BP) und CSU "auf dieser Linie treffen" könnten.

Es wäre nicht wichtig, sich mit dieser Zuschrift zu beschäf-

tigen, wenn nicht bekannt geworden wäre, dass der geistige Urheber dieser Zuschrift der alte Kämpfer der BVP, Bundesfinanzminister Fritz Schäffer, ist. Schäffer hat offenbar einen Versuchsballon steigen lassen, um zu prüfen, ob die Zeit schon reif ist, sein altes Ziel, nämlich die Aussöhnung und Verschmelzung der beiden feindlichen Brüder CSU und BP, verwirklichen zu können.

Bei Schäffers Überlegungen mag der Umstand eine grosse Rolle spielen, dass es sich mit der absoluten Mehrheit, die die CSU im

Bayerischen Landtag jetzt innehat, sehr gut regieren lässt und dass diese Mehrheit unter allen Umständen erhalten bleiben sollte,

möglichst noch mit einem stärkeren bajuwarischen Akzent. Aber auch die Parole Adenauers, die Länderparlamente zu Spiegelbildern der

Bonner Koalition zu machen, beeinflusst zweifellos Schäffers Bemühen, auf jeden Fall die SPD wenigstens von der Regierung fernzu-

halten. Dies umso mehr, als in massgebenden CSU-Kreisen die Möglichkeit einer Einbeziehung der SPD in die Regierung nach den Landtagswahlen ventiliert wird.

auch

In gewissen Kreisen der CSU und der BP-Wählerschaft hat der Plan Schäffers zahlreiche Sympathien. Auch der Klerus hat ein In-

teresse daran, eine einzige christliche Partei wieder zu formen. Bei den massgeblichen Kreisen der BP haben solche Vorschläge aber

nur Misstrauen erregt, weil man glaubt, dass man überspielt werden könnte. Vor den Landtagswahlen, so sagt man dort, sei eine Dis-

kussion über diese Frage nicht möglich, da erst das gegenseitige Kräfteverhältnis nach den Wahlen realere Möglichkeiten hierfür

bierte.

Auch in der CSU sind starke Kräfte vorhanden, die sich einer solchen Wiedererweckung der alten BVP widersetzen. Sie sind vor

allen Dingen im evangelischen Franken zu suchen, denn die BVP war bekanntlich eine rein katholische Partei. Geführt werden heute wie-

der diese evangelischen Gruppen von Dr. Josef Müller, der sich im kommenden Wahlkampf mit ganz besonderer Intensität in Franken ein-

setzen will. Diese Tatsache wird ihn erneut stärker in das politische Blickfeld in Bayern rücken, als es seit seiner Niederlage in

Straubing, im Sommer des vergangenen Jahres, der Fall war. Das grösste Hindernis auf dem Wege einer Vereinigung von BP und CSU

unter der Parole der alten BVP dürfte aber das Bestehen der zwei-Partei-Apparate sein, deren Verschmelzung nahezu unmöglich erscheint.

Realistischer als Dr. Schäffer sieht Dr. Hundhammer, der in

diesen Tagen zu seinem 50. Geburtstag besonders herzliche Ovationen aus katholischen Kreisen entgegennehmen konnte, den Weg.

Auch er betrachtet die Verschmelzung der beiden Parteien letzten Endes als unbedingt erforderlich und sieht sie als Hauptaufgabe

seines politischen Wirkens an. Er will aber über eine Koalition in einer Regierung hinweg zunächst nur eine Arbeitsgemeinschaft

herstellen und aus ihr heraus den Zusammenschluss organisch entwickeln.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine Verschmelzung von BP und CSU, um die SPD in Bayern von vornherein von irgend

einer Regierungstätigkeit auszuschließen, vor den Landtagswahlen nicht möglich ist und dass selbst ein Wahlbündnis unwahrscheinlich erscheint.

- o - o -

#### Der verbrannte Dornbusch

Unter diesem Titel brachte kürzlich der Internationale Universum-Verlag (Mainz) einen Roman von Manés Sperber heraus. Sperber

ist kein Literat und das Buch kein Roman im strengen Sinne des Wortes. Der Verfasser gehörte zu der Gruppe jener Intellektuellen, die

sich in den zwanziger Jahren der KPD mit Leib und Seele verschrieben, die hofften, mit der Russischen Revolution beginne ein neuer

Zeitabschnitt in der Menschheitsgeschichte. Als aktives Mitglied der KPD nahm er lebhaften Anteil auch an den "Bruderparteien",

insbesondere jenen der Balkanländer, die sich - schon lange vor Hitler - in der Illegalität befanden. So hat dieser "Roman" stark

autobiographische Züge, die den Wert dieses ungewöhnlichen Buches nur erhöhen.

Manche werden ihm auch einen Schlüsselroman nennen, da eine ganze Reihe der Figuren unverkennbar bekannte KP-Führer treffend

zeichnen. "Da war Classen... Wäre alles anders gekommen, damals, 1923, hätte man Classen und seine Leute nicht allein gelassen...

Doch so war er der einzige, der aus einer sonst kampflosen Niederlage hoch kam, weil er gekämpft hatte... Nun war er der Führer,

von allen Plakatwänden im Deutschen Reich blickten seine hellen Augen unter der ewigen Schirmmütze die Wähler nieder und vertrau-

enerweckend an..."In diesem Gespräch hatte Classen u.a. gesagt: "Wir können die Durchführung der Vorbereitung der Revolution nur

durchführen, wenn wir die Aufzeichnung des verräterischen Charakters der SPD-Führung durchführen." - Es gehört keine Phantasie dazu, in

Classen Thälmann und eine seiner charakteristischen Redewendungen wiederzuerkennen, ebenso wie in der Figur des "Bärtchen" Walter Ulbricht.

Aber jeder Leser wird sehr enttäuscht sein, der etwa annimmt, dass dieses Buch billige Enthüllungen bietet. Es ist eine tief-ernste Auseinandersetzung mit dem Wesenskern und der Ideologie der Komintern, die auch ihre selbstlosesten Träger, ihre anfangs von einem hohen Idealismus getragenen Funktionäre systematisch so ummodelte, dass sie blinde Werkzeuge zur Ermordung der Freiheit wurden - im Dienste Russlands. Russland - "einen offenbareren, einen grösseren, einen verächtlicheren Betrug" - als das dort herrschende System, habe man in der Weltgeschichte noch nicht gesehen.

Zu dieser Erkenntnis kommt der einst glühende Anhänger während der Moskauer Prozesse 1936/38, obwohl er schon lange vorher zu zweifeln begann. Dieser langjährige Loslösungsprozess, das geistige Ringen, das Suchen nach einem neuen "Dornbusch, nachdem der alte verbrannt war und selbst seine Wurzel zur Asche" wurde, all das schildert uns Sperber in seinem Buche, das zweifellos von Koestler beeinflusst ist, aber weit darüber hinausgeht. Kein politischer Mensch sollte an diesem Buche vorbeigehen. S.N.

- 0 - 0 -

#### Zerredeter Tatbestand

J.F.W. Die Sprache ist ein Verständigungsmittel, leider wird sie oft auch zur Vernebelung klarer Tatbestände, zur Ablenkung des Zuhörers von den eigentlichen Fragen. Die kürzlichen Ausführungen Dr. Adenauers vor den Frauenausschüssen der CDU/CSU waren in einem wesentlichen Punkte reichlich unverständlich. Da wir keinen Grund haben anzunehmen, dass Dr. Adenauer nicht wusste, was er sagen wollte, bleibt nur die Annahme übrig, dass er nicht sagen wollte, was er wusste, dass er sprach um zu verbergen, nicht um zu erklären. Nach dpa äusserte er zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, dass zwar Meinungsverschiedenheiten bei den einzelnen alliierten Wirtschaftsberatern, nicht aber bei den Hochkommissaren beständen.

Meinungsverschiedenheiten "bei den Wirtschaftsberatern" - weiche verschwommene Formulierung für einen klaren Tatbestand. Das Gutachten über die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, das vom Petersberg auf Adenauers Schreibtisch gelangte, wies tatsächlich auf Meinungsverschiedenheiten hin. Allerdings nicht auf Gegensätzlichkeiten "bei den alliierten Wirtschaftsberatern", sondern auf grundsätzliche Unterschiede zwischen den Vorstellungen dieser Sachverständigen von einer erfolversprechenden Wirtschaftspolitik und dem, was die Regierung Adenauer als "soziale Marktwirtschaft" betreibt.

Der zweite Teil dieser eigentümlichen Bemerkung in Dr. Adenauers Rede dagegen traf den Kern der Sache: zwischen den Hochkommissaren bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. Das Memorandum ihrer Wirtschaftsberater wird von ihnen voll gebilligt. Alle Versuche, die Einstimmigkeit, die sich hier zeigte, zu durchbrechen, waren vergeblich. -.-.-

Verantwortlich: Peter Raunau